

Mit der „Klimaretterung“ werden Politik und Wirtschaft unter ein höchstes Gut gestellt, das nicht mehr mit anderen Gütern abwägbar ist. Die zerstörerischen Konsequenzen sind immens.

Es geht um die Produktivität unserer Zivilisation

Gerd Held, 5. Januar 2020

Jeder Fundamentalismus verspricht, die tiefsten Dinge der Welt zu kennen und die „Ursachen“ beeinflussen zu können. So ist es jetzt auch in der Klimapolitik, die ohne kritisches Nachdenken auf die Idee verfallen ist, man müsse eine weltumspannende „Rettung des Klimas“ veranstalten. Damit hat man einen Gegenstand gewählt, wie er größer und komplexer kaum sein könnte. Ein kritischer Maßstab des Wissen-Könnens und Handeln-Könnens unseres Zeitalters wurde nicht angelegt. Der Titanen-Gegenstand war schon im Wort „Klimaschutz“ vorgegeben – als ob es in der Macht der Menschen stände, das Klima zu schützen. Aber indem dies Wort die öffentliche Kommunikation besetzte, wurde das allgemeine Denken, ehe es sich recht versah, auf das ganz große Rad gelenkt. Die folgende Radikalisierung war da schon angelegt: Aus dem „Klimawandel“ wurde eine ultimative „Klimakrise“. Aus vielen Faktoren wurde ein einziger – die Emission von Kohlendioxid durch die Verbrennung fossiler Energieträger. So wurde aus dem „Klimaschutz“ ein ultimativer Feldzug gegen die CO₂-Emissionen. Und nun sind wir mitten in einer großen Mobilmachung, die alles mitzureißen droht. Da ist es höchste Zeit, auf den Ausgangspunkt dieses Wegs zurückzukommen und den Absolutheits-Anspruch des Mega-Gegenstands „das Klima“ zu überprüfen.

Klimafestigkeit gehört zum Alltag unserer Zivilisation

Setzen wir also für einen Moment die Brille ab, die uns nur auf das große Ganze des „Klimas an sich“ starren lässt, und schauen auf die einzelnen Formen, in denen das Klima auf der Erde und für die Menschen wirksam wird. Auf die Klima-Wirkungen also. Wir können dann sehen, dass die Auseinandersetzung mit dem Klima sehr vielfältig ist, und dass sie eine Alltäglichkeit unserer Zivilisation ist. Dazu gehören auch die Einhegung, Schadensminderung und Reparatur nach kleinen und großen Katastrophen. Die Verteidigung der Deiche bei Hochwasser; die Einhegung und Löschung von Wald- und Moorbränden; die Versorgung alter Menschen bei Hitzewellen; dazu gehört der Aufbau einer robusten Infrastruktur, die längere Zeiten des Drucks und wiederkehrende Krisen aushaltbar machen: Dürreperioden, Hochwasser-Regionen, Erdbeben- und Lawinen-gefährdete Lagen. Dabei kann es um harte Schutzmauern gehen, aber auch um die Öffnung von Flutungsräumen. Oder um die Veränderung der Baumarten eines Waldes. Alle diese Beispiele haben gemeinsam, dass man nicht versucht, die Probleme

gar nicht erst aufkommen zu lassen, sondern dass man die Probleme als gegeben hinnimmt und die Aufgabe als eine Anpassungs-Aufgabe stellt.

Das ist alles andere als eine gemütlich-passive Haltung („Es wird schon gut gehen“), sondern eröffnet ein weites Handlungsfeld. Aber es ist ein Handlungsfeld, auf dem es nicht das große Rad gibt – nicht die eine Lösung für alle Probleme. Und für dies Handlungsfeld gilt auch, dass es gar nicht neu erfunden werden muss. Es ist schon längst da. Es ist längst Bestandteil der modernen Zivilisation und der bereits gebildeten Institutionen. Wir haben hier also einen ganzen Bereich, in dem schon sehr viel geleistet wurde und täglich geleistet wird. Und in diesem Bereich sind sehr viele Bürger, Vereine, Unternehmen, öffentliche Einrichtungen tätig, ohne dass sie mit der großen Keule des Klima-Ulmatums dazu gezwungen werden müssen. Es gibt offenbar sogar eine schädliche Wirkung dieser großen Keule. Die global-abstrakte Kampagne der „Klimarettung“ entzieht der alltäglichen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Klima-Wirklichkeit wichtige Kräfte. Es ist eine verblüffende und auch bittere Erfahrung – besonders für die Praktiker die zum Beispiel bei der Feuerwehr, dem Hochwasserschutz oder der Waldpflege tätig sind: Während all der Jahre, in denen das Großprojekt „Welt-Klima-Schutz“ nun schon verfolgt wird und dafür alle möglichen Wichtigtuer weltweit unterwegs sind, ist es immer schwieriger geworden, junge Leute für die tägliche Schutzarbeit vor Ort zu gewinnen.

Was bei der Klima-Politik abzuwägen ist

Warum ist diese „bescheidene“ Schutzarbeit so wertvoll? Warum ist ein begrenztes Handeln der Schlüssel angesichts von klimatischen Herausforderungen, die man durchaus als erheblich bezeichnen kann? Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass in der Schutzarbeit nicht allein bestimmte Klima-Werte in der Waagschale liegen, sondern auch Zivilisations-Werte. Es wird nicht nur ein bestimmtes „Klima-Ziel“ absolut gesetzt, sondern es wird auch ein bestimmter Zivilisationsstand und seine weiteren Entwicklungsmöglichkeiten in die Waagschale gelegt. Eine Klima-Rettung, die grundlegende Zivilisations-Errungenschaften opfert, ist eine irrsinnige Rechnung. Und sie läuft auf eine Zerstörung des politischen Entscheidungs-Raums jeder freiheitlich-demokratischen Ordnung hinaus. Es kommt also darauf an, die Klimapolitik in einen richtigen Entscheidungsrahmen zu stellen – also in ein Abwägungs-Verhältnis, bei dem „das Klima“ nicht allein das Handeln die diktiert. Nur wenn man den Standpunkt einer isolierten und reinen Klima-Politik überwindet, kann man zu einer Politik der Sachvernunft kommen, in der es echte „checks und balances“ gibt.

Joachim Müller-Jung, der in der FAZ gerne die Rolle des „wissenden“ Klima-Orakels spielt, hat am 9. August in einem Kommentar den Satz geschrieben: *„Der IPCC-Bericht nimmt den Land- und Forstwirten jede Illusion. Nichts wird so bleiben.“* (Der IPCC ist der Weltklimarat). „Nichts wird so bleiben“ – das ist einer dieser Klima-Orakel-Sätze, die von gewaltigen Änderungen raunen und alles Bestehende für obsolet erklären. Daraufhin bekommt er einen Leserbrief von Ewald Adams, Landwirt aus Lünen (abgedruckt in der FAZ vom 19. August). Dieser schreibt: *„Für uns Landwirte ist Wandel und Anpassung geradezu konstitutiv. Landwirte müssen ihre Wirtschaftsweise fortlaufend an Witterung, Klimaveränderung oder neue Verbraucherwünsche anpassen... Sie verharren auch nicht im Warten auf gutgemeinte Appelle des Weltklimarates. Die Landwirte in unserer Region reagieren bereits auf die jetzt häufiger auftretende Frühsommertrockenheit. Sie passen die Produktionsprozesse an und ändern die Fruchtfolge.“*

Diese Gegenüberstellung vermittelt einen Eindruck von dem Unterschied, der zwischen den „Geschichten“, die in den Medien erzählt werden, und der Realität der Praktiker besteht. Diese Realität mag „klein“ erscheinen und bloß lokale Bedeutung haben, aber hier ist von vornherein ein größerer Entscheidungsrahmen gegeben: Das Bemühen um die Klimafestigkeit enthält immer das Ziel der Fortführung der Landwirtschaft. Unser Landwirt aus Lünen berücksichtigt die Gegebenheiten dieser Welt daher viel vollständiger, als es die reine Klimaretter tut.

Der Preis der Abschaffung der fossilen Energieträger

Die Aufgabe, eine umfassende Güterabwägung vorzunehmen, stellt sich auch in einem größeren Maßstab. Dazu gehört die Frage, ob unserer Zivilisation eine Alternative zu den fossilen Brennstoffen – mit vergleichbarer Produktivität - zur Verfügung steht. Die Antwort ist ein klares „Nein“, wie folgendes Zitat aus einem Kommentar im Wirtschaftsteil der FAZ (26.10.2019) belegt: *„Erfolgsmeldungen wie die jüngste, wonach 43% des Bruttostromverbrauchs bis September aus Ökostrom stammten, beschönigen die Lage. Denn Elektrizität deckt nur ein Viertel der Energie, die Haushalte und Betriebe nachfragen. Die restlichen 1800 Terawattstunden beruhen auf Importware: Öl, Gas, Kohle. Die Erneuerbaren sichern nur 15 Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Die Deckungslücke bis 2050, dann soll das Land kohlendioxidneutral sein, beträgt 85 Prozent...“* Diese Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Die Menschheit ist, selbst in den technisch hoch entwickelten Ländern, so weit von einer tragfähigen „Energiewende“ entfernt, dass man nicht einmal sagen kann, dass sie „auf dem Weg dorthin“ ist.

Dabei fehlt in dem zitierten Kommentar noch ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt: **die Produktivität der Träger.** Von den produzierten Energiemengen muss ja der Aufwand abgezogen werden, der zu ihrer Herstellung und Verteilung notwendig ist. Dieser Aufwand ist bei den „Erneuerbaren“ höher (teilweise viel höher) als bei Kohle, Erdöl und Gas. Ihre Produktivität ist also niedriger (und ungleichmäßiger). Eine Ära der Wind- und Sonnenenergie wäre also eine ungleich mühevollere und ärmere Ära. Das hat Thomas Hoof in einem Interview mit dem Magazin CATO (5/2019) sehr gut deutlich gemacht. Zivilisationsgeschichtlich muss man feststellen: Wir befinden uns nach wie vor in der Ära fossiler Brennstoffe – nicht aus Unwissenheit und Willkür, sondern weil kein Ersatz mit vergleichbarer Leistungsfähigkeit zur Verfügung steht. Unsere Zivilisation wird nach wie vor von ihrer Nutzung getragen. Würde man diese Nutzung unter diesen Umständen beenden, würde man **eine neue Zivilisationskrise** auslösen, die mit der „Holzkrise“ des 18. Jahrhunderts durchaus vergleichbar wäre.¹ Die zivilisatorische Aufbauleistung von mehreren Jahrhunderten würde aufgegeben. Die Forderung nach einem „Ende der fossilen Ära“ ist technikgeschichtlich völlig ignorant.

Wer die Katastrophe ausruft, hat die Beweislast

Bei ihrem Island-Besuch am 20. August sagte die Bundeskanzlerin folgenden Satz, der sogleich eifrig durch die Medienlandschaft ventiliert wurde: *„Der Preis des Nichtstuns wird höher sein, als der Preis des Handelns.“* Es ist einer dieser typischen Merkel-Sätze, die den

¹ Mit „Holzkrise“ ist eine zunehmende Knappheit des Holzes im Laufe des 18. Jahrhunderts gemeint. Sie war Ausdruck eines säkularen Engpasses: Eine im Wesentlichen auf den Energie- und Bauträger Holz gegründete Zivilisation stieß an ihre Grenzen. Erst die Nutzung der fossilen Energieträger (beginnend mit der Steinkohle) überwand diese Grenzen der „Holzzeit“ (siehe u.a. Hansjörg Küster, *Geschichte des Waldes*. München 2008)

Eindruck einer rationalen Erwägung machen, aber in Wirklichkeit mit einer Unterschlagung arbeiten. Merkel unterschlägt das Zivilisations-Opfer, das die Klima-Rettung vorsieht: die Nutzung der fossilen Energie-Träger. Die deutsche Regierungschefin ist auf globaler, europäischer und nationaler Ebene für Beschlüsse verantwortlich, die bis 2030 bzw. bis 2050 die Nutzung von fossilen Energieträgern brachlegen will. Ihr dummdreister Spruch von dem „Preis des Nichtstuns“ unterschlägt den viel höheren Preis des Zivilisationseinschnitts, den diese Brachlegung bedeutet. Sie nimmt also **eine völlig verkürzte Abwägung** vor, die die immensen Opfer des eigenen Handelns eiskalt verschweigt. Zugleich verbreitete die Bundeskanzlerin die Propagandalüge, die Opposition gegen ihre „Klima-Rettung“ sei eine Opposition des „Nichtstuns“.

Was wird also geschehen? Niemand kann wissen, was in späteren Jahrhunderten möglich ist und geschehen kann. Aber in unserem 21. Jahrhundert ist zu erwarten, dass der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre weiter steigern wird. Im weitaus größten Teil der Welt wird die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern ein unverzichtbares Standbein für Verkehr, Heizung und Produktionsprozesse sein. Das liegt nicht an der „fehlenden Einsicht“ der Völker, sondern an harten Bedürfnissen und Knappheiten – deren Grundlage das Dasein von heute 7,6 Milliarden Menschen auf der Erde ist. Dies demographische Gewicht, das bis zum Jahr 2100 auf mindestens 10 Milliarden anwachsen wird, wird dem 21. Jahrhundert – mehr als jeder andere Sachverhalt – seinen Stempel aufdrücken. Es lässt sich mit keiner Regierungs-Kunst oder -Gewalt aus der Welt schaffen.

Doch zugleich gehört ein zweites Grundelement zu dem wahrscheinlichen Szenario: Trotz eines erhöhten CO₂-Gehalts in der Atmosphäre wird die Klimakatastrophe ausbleiben. Es wird kein „Umkippen“ geben. Die Spielräume der Natur werden sich als größer erweisen, als das Natur-Bild eines festen Gefüges ohne Spielräume suggeriert.

Ja, Wahrscheinlichkeit ist nicht Gewissheit. Aber bevor man den Nationen der Welt ein Katastrophenszenario auferlegt, hat man wahrlich eine große Beweislast. Bei dem, was bisher vorliegt und was beobachtbar ist, kann man sich dem Klima-Feldzug mit seinen verheerenden Zivilisations-Einschnitten mit ruhigem Gewissen verweigern. Und man kann jeden Tag mit Freude auf das wechselnde Wetter schauen, auf seine Sonnentage und Regentage, auf den Temperatur-Wechsel im Tages-, Wochen- und Jahresablauf. Denn dieser Wechsel ist ein Indiz, dass wir nicht in einer ständig sich steigernden Überhitzungs-Dynamik gefangen sind. Dass es anders ist, kann man nie völlig ausschließen. Aber die Beweislast dafür liegt in vollem Umfang bei denen, die diese Drohkulisse aufbauen.

Das Klima-Ultimatum fällt auf die zurück, die es in die Welt gesetzt haben

In diesem Jahr 2018 hat die Welt-Klima-Kampagne eine neue Qualität erreicht, die „Ultimatums-Stufe“. Es wird sehr schwer sein, die Kampagne auf dieser Stufe längere Zeit aufrechtzuerhalten. Jeden Tag neue Horrormeldungen zu finden und Todesgesänge anzustimmen - das werden die Fakten nicht hergeben, und die rein verbalen Steigerungen nutzen sich ab. So war es bei der (marxistischen) Verelendungstheorie, der schon im Laufe des 19. Jahrhunderts allmählich die Luft ausging. Ähnliches könnte jetzt bei der Klima-Katastrophentheorie geschehen. Wenn die ultimativen Ereignisse auf sich warten lassen, fällt das Klima-Ultimatum auf diejenigen zurück, die es in die Welt gesetzt haben. Plötzlich wird man gewahr, dass der CO₂-Feldzug mit seinen schwerwiegenden Eingriffen **wirkungslos** war. Und schlimmer noch: Dass seine Opfer **unnötig** waren.

Und man sollte nicht vergessen: An der Klimapolitik hängt ein Großteil der Legitimation der globalen Regierungsformen und der „globalen Klasse“. Der Groß-Gegenstand „Klima“ wird heute benutzt, um zu einer globalen Regierung und zu einem globalen Markt mit ökologischen (und sozialen) Einheitsnormen zu kommen. So verstärken sich „Klimakrise“ und „Globalisierung“ gegenseitig. Aber dann gilt auch umgekehrt: Wenn sich die Klima-Rettung als Scheinveranstaltung erweist, wird das nachhaltig die Autorität dieser globalen Regentschaft erschüttern. So ist dies Welt-Rettungs-Projekt auch **eine Art Endspiel der Globalisierung**, wo die „Global Governance“ noch einmal alle ihre Register zieht. Mit diesem Projekt hat sie sich so weit aus dem Fenster gelehnt wie bei keinem Projekt vorher. Erweist sich dies Projekt als haltlos, erreicht die Globalisierung ihren Kipppunkt.

Die Produktivität unserer Zivilisation verteidigen

Doch ist dieser Bumerang-Effekt des Globalisierungsprojekts „Klima-Rettung“ nicht alles, was in Sachen Klima zu sagen ist. Es ist auch nicht das Weiterführende. Denn das Umweltszenario des 21. Jahrhunderts ist keineswegs mit „alles easy“ zu beschreiben. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen auf der Erde in diesem Jahrhundert eher schwieriger als leichter werden. Nicht im Sinne der einen großen Katastrophe, aber im Sinne vielfältiger Knappheiten, Schäden, Schwierigkeiten. Einzelne Regionen können erhebliche Einbrüche und Verwüstungen erleiden. Es ist daher falsch, die Kritik der ultimativen Klima-Krisentheorie im Namen eines naiven Gut-Wetter-Glaubens zu führen. Sie muss aber eine ganz andere Priorität setzen: Wenn die Bedingungen schwieriger werden, muss **die Produktivität unserer Zivilisation** im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen und mit aller Kraft verteidigt werden.

Dabei ist es hilfreich, sich noch einmal die Formen vor Augen zu führen, mit denen schon bisher die Klimafestigkeit der Zivilisation hergestellt und gewahrt wurde. Man kann hier (mindestens) vier Formen unterscheiden: 1. Abwehrformen (Deiche, Feuerschneisen), 2. Anpassung von Produkten und Herstellungsverfahren (Ackerbau, Waldpflege, Ressourcenumstellung bei Industriegütern) 3. Ausweich-Formen (Flutungsgebiete, Verlagerung von Siedlungsteilen) und schließlich 4. die wohl wichtigste Form: die Erhöhung der Toleranzschwellen – also das Akzeptieren von härteren Bedingungen und größeren persönlichen Belastungen und Opfer. Jede Zivilisation ist immer auch auf ein großes „trotzdem“ gebaut: Man lebt und arbeitet im Schatten von Gefahren (die auch wirklich eintreten und Opfer verursachen). Aber man lebt und arbeitet „trotzdem“. Und dies „trotzdem“ ist ein überaus vernünftiges Kalkül: Denn die Kosten der Vermeidung jeglicher Gefahr sind ungleich höher als die Kosten der Toleranz. Dies ist auch das Vernunftgesetz, das in der Klimapolitik zu gelten hat – und nicht die Merkelsche Devise, die nur die Alles-oder-Nichts-Größen „Weltrettung“ oder „Nichtstun“ gegenüberstellt.²

Wenn man sich die vier Formen ansieht, in denen schon bisher Zivilisationen ihre Klimafestigkeit hergestellt haben, wird klar, dass die Vorstellung, eine Zivilisation würde bloß im „Zugriff“, im „Raub“, in der „Besetzung“ oder „Instrumentalisierung“ von Natur bestehen, eine völlig krude Machttheorie der Zivilisation ist. Und es wird auch deutlich, dass diese Formen

² Zu den Kosten der Intoleranz gibt es schon eine längere Diskussion, in der Gründe gegen eine uneingeschränkte Anwendung des sogenannten „Verursacherprinzips“ dargelegt wurden: eine Toleranz von Schäden kann Chancen eröffnen, die durch eine Kostenbelastung nach dem Verursacherprinzip zerstört würden. Siehe: Ronald Coase, Das Problem der sozialen Kosten (in: Assmann; Kirchner; Schanze (Hg.), Ökonomische Analyse des Rechts. Tübingen 1993)

nur zum kleinsten Teil globale Formen sind, sondern dass der weitausgrößte Teil dieser Formen auf die jeweils besonderen Bedingungen eines Ortes, eines Landes, einer Erdregion zugeschnitten ist. Deshalb kann und muss diese Arbeit jetzt auch – ohne Rücksicht auf den globalen Klima-Rettungs-Feldzug weitergeführt und gestärkt werden. Das gilt insbesondere auf der kommunalen Ebene, bei bürgerschaftlichen Vereinigungen (nach dem Vorbild der freiwilligen Feuerwehr), bei Nachbarschafts-Initiativen gegen Verwahrlosung von Umwelträumen und für gegenseitige Hilfe bei Schäden. Und der großstädtische Besserwisser ist weniger gefragt als der handfest-praktische Umland-Siedler.

Die Klimafestigkeit entscheidet sich nicht in den Großstädten

Natürlich gibt es auch größere Aufgaben, die die Investitionskraft des Gesamtstaates erfordern, und – wichtiger noch als Geld – seine raumordnerische, demokratisch legitimierte Hoheitsfunktion. Die Klimafestigkeit eines Landes entscheidet sich nicht im Sonderraum seiner großen Städte, sondern auf seiner Gesamtfläche, die größtenteils in ländlichen Gebieten oder klein- und mittelstädtischen Räumen besteht. Hier geht es nicht um einige „innovative Leuchtturm-Projekte“, sondern um eine scheinbar banale Aufgabe, die in Wahrheit ein wirklich dickes Brett ist: Das Leben in der Peripherie darf nicht erschwert werden – wie es zum Beispiel durch die CO₂-Verteuerung geschieht, die den komparativen Vorteil der Großstädte weiter steigert. Aber der Run auf die Großstädte, in denen heute die öffentlichen Einrichtungen mehr denn je zentralisiert sind, schwächt die Auseinandersetzung mit schwierigeren Umwelt-Bedingungen. Der Großstadt-Hype verleitet die Menschen dort zum Rückzug, wo diese Bedingungen **praktisch** aufgefangen werden müssen und können. Es ist kein Zufall, dass in den Großstädten nicht diese praktische Vernunft regiert, sondern die Hysterie und Hybris der Klima-Rettung. Diese Rettungspolitik wird auch nicht dadurch besser, dass sie nun durch „soziale Maßnahmen“ ergänzt wird. Es geht um die Produktivität unserer Zivilisation und nicht um Geldzahlungen an Menschen, denen man die im Zuge des CO₂-Feldzuges den Arbeitsplatz zerstört hat. ³

(Erschienen im NOVO Argumente Band 131 / 1-2020)

³ Die große Bauerndemonstration am 26.11.2019 in Berlin, die sich unter anderem gegen die Belastungen durch die Klima-Politik der Bundesregierung wandte, zeigte, auf welche Ablehnung und Verachtung diese sachfernglobale, „urbane Ökologie“ inzwischen an der Peripherie stößt.